

Dagegen verharre die mittlere Jahresdosis beruflich Strahlenexponierter Personen mit 0,8 mSv weiterhin auf niedrigem Niveau, heißt es in dem Bericht. Lediglich die Strahlenexposition von Flugpersonal habe sich wegen erhöhter Sonnenaktivität auf eine mittlere Jahresdosis von 2,3 mSv leicht erhöht. Die höchste Jahresdosis des fliegenden Personals habe 7,9 mSv betragen. Das fliegende Personal zählt sowohl in Bezug auf die Kollektivdosis und die mittlere

Jahrespersonendosis als auch nach der Form der Dosisverteilung zu den am höchsten strahlenexponierten Berufsgruppen in Deutschland. Der Beitrag aus der Emissionsüberwachung der Atomkraftwerke habe dagegen auch 2008 deutlich unter 1 Prozent der zivilisatorischen Strahlenbelastung gelegen.

Die durch den Unfall von Tschernobyl verursachte mittlere Strahlenbelastung der Bevölkerung ging zwar von 0,11

mSv im Jahr 1986 auf weniger als 0,012 mSv im Jahre 2008 zurück, heißt es in dem Regierungsbericht, dennoch finde sich in Lebensmitteln, zum Beispiel in Pilzen und in Wildbret aus einigen Waldgebieten immer noch stark erhöhte Cäsium-137-Werte. Die jährliche Abnahme der Cäsium-137-Kontamination liege lediglich bei 2 bis 3 Prozent. Regional würden Strahlenbelastungen auftreten, die bis zum 10-fachen über dem Mittelwert liegen.

Die Dosis durch die in großer Zahl bis in die 1960er Jahre und letztmals im Jahr 1981 in der Atmosphäre durchgeführten Kernwaffenversuche sei weiterhin rückläufig und habe 2008 weniger als 0,01 mSv betragen.

Unterrichtung durch die Bundesregierung – Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung im Jahr 2008, Bundestagsdrucksache 17/770, Berlin 24.02.2010. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/007/1700770.pdf>

Atom Müll

Gorleben-Moratorium aufgehoben

Fachtagung zum Salzstock Gorleben am 16. und 17. April 2010 in Dannenberg.

Bundesumweltminister Norbert Röttgen hat am 15. März 2010 die Aufhebung des Moratoriums zur Erkundung des Salzstocks Gorleben als Endlager für wärmeentwickelnde radioaktive Abfälle und seine weitere „Erkundung“ verkündet, und zwar „ergebnisoffen“, jedoch ohne Alternative. Über dreißig Jahre währt nun bereits dieses zweifelhafte Verfahren. Das „Erkundungsbergwerk“ Gorleben soll demnach weiter nach Berg- und nicht nach Atomrecht ausgebaut werden. Den Antrag, den das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) auf Weisung des Bundesumweltministeriums bei den niedersächsischen Bergämtern vorlegen muß, stützt das Amt deshalb auf den ursprünglichen Rahmenbetriebsplan aus dem Jahre 1983, um Einwendungen zu unterlaufen. Erst nach „der Feststellung der Eignung“ und „nicht vor Ende der nächsten Legislaturperiode“ ist laut Röttgens Aussage mit der Einleitung eines ordnungsgemäßen atomrechtli-

chen Verfahrens zu rechnen. Greenpeace und die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg wollen sowohl juristisch als auch mit direkten Widerstandsformen dagegen vorgehen. Beim Bau einer neuen Protesthütte durch die Bäuerliche Notgemeinschaft reagierte die Polizei am 21. März 2010 mit Gewalt.

Zudem meldet sich die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg mit einer Fachtagung am 16. und 17. April 2010 im Hotel „Alte Post“ in Dannenberg zu Wort und lädt zur Teilnahme ein. Seit der Standortbenennung haben wir immer wieder unsere guten Argumente vorgebracht, erklären Gerhard Förster und Torsten Koopmann von der Fachgruppe Endlager der Bürgerinitiative. Die Politik habe immer nur auf die Karte Gorleben gesetzt und die Bedenken gegen ein Endlager in Gorleben ignoriert. Es sei hier nie um Geologie gegangen, Wissenschaft sei immer nur Fassade gewesen und das habe es der Bürgerinitiative schwer gemacht, mit guten Argumenten durchzudringen. Erst im Frühjahr 2009 war nachgewiesen worden, daß 1983 die CDU/FDP-Bundesregierung massiv Einfluß auf die veröffentlichten Ergebnisse der eigenen behördlichen Wissenschaftler genommen hat. Die neu gewählte CDU/FDP-Bundesregierung will nun heute mit den

alten Behörden und abhängigen Wissenschaftlern das Endlager zu Ende „erkunden“. Selbst das eklatante Versagen des Modellendlagers Asse wirke nicht abschreckend. Der Weg der Bundes- und Landesregierungen sei von Anfang an politisch riskant gewesen, denn von dem Standort Gorleben sei die gesamte Zukunft der Atomenergie in Deutschland abhängig gemacht worden.

Die Bürgerinitiative präsentierte am 15. März 2010 in Hannover auf einer Pressekonferenz eine CD mit behördeninternen Dokumenten, die belegen, daß die Auswahl Gorlebens in den Jahren 1976/77 keinerlei wissenschaftlichen Kriterien genüge und deshalb zwischen Landes- und Bundesregierung bis 1982 zu andauerndem politischem Zwist führte. Nach Auswertung der Tiefbohrergebnisse wurde klar, daß – wegen der Hydrogeologie des Deckgebirges – mit dem Eintreten von Schadstoffen in den untersten Grundwasserleiter nach 600 bzw. 1.170 Jahren gerechnet werden muß. „Diese CD ist glatt eine Milliarde Euro wert, würden die Erkenntnisse, die man aus den Dokumenten ableiten muß, in die Tat umgesetzt: als Ersparnis, weil man ab sofort keinen Cent mehr für die Investitionsruine Gorleben aufbringen muß“, erklärte BI-Vorstand Gerhard Harder.

Endlagersuche in den Händen der Atomwirtschaft?

Das Bundesumweltministerium erwägt offensichtlich doch, dem Bundesamt für Strahlenschutz die Zuständigkeit für die Endlagersuche zu entziehen. Das berichtet die Berliner Tageszeitung taz in ihrer Ausgabe vom 16. März 2010. Hinweise darauf, daß die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern (DBE), die in Gorleben im Auftrag des Bundes das Endlager errichtet, direkt beauftragt werde, gab es bereits kurz nach dem Regierungswechsel im November 2009. Die DBE ist zu 76 Prozent eine Tochterfirma der Atomstrom produzierenden Unternehmen.

Entsprechende Hinweise, die der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) nach dem Regierungswechsel zugespielt worden waren, wurden im November 2009 von Seiten des Bundesumweltministeriums umgehend dementiert. Nun werden die Überlegungen offenbar konkreter: Entweder könnte für die Realisierung des Gorleben-Projekts eine neue Behörde geschaffen werden oder die Endlagerung könnte privatisiert werden. Im Rahmen der sogenannten Beleihung könne der Staat bestimmte hoheitliche Aufgaben an private Institutionen übertragen, heißt es. Bekanntestes Bei-

spiel ist der TÜV, der im Staatsauftrag die Sicherheit von Autos überwacht, schreibt die taz. Eine solche Lösung auch bei der Endlagerung einzuführen hatte der Präsident des Deutschen Atomforums, Walter Hohlefelder, wiederholt gefordert.

„Würden diese Pläne umgesetzt, dann führen diejenigen, die den Atom Müll produzieren, auch noch Regie bei der Endlagersuche“, kritisiert BLSprecher Wolfgang Ehmke.

Atom Müll

Neuer Castorbehälter für Gorleben genehmigt

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat die Nutzung eines neuen Castorbehälters zum Transport von Atom Müll der Behälterbauart CASTOR® HAW28M genehmigt. 11 Behälter dieser Bauart sollen im Herbst 2010 aus der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague ins Zwischenlager Gorleben gebracht werden.

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg verweist auf die unerhörte Wärmelast dieser Behälter, die bei einer Beladung mit 28 Glaskokillen mit hochradioaktiven Abfällen 56 Kilowatt (KW) erreichen kann. Das BfS betont, daß durch die Abschirmung und ein verändertes Design die Strahlenbelastung gegenüber den bisherigen Behältern unverändert bleibe und ein solcher Behälter den Absturz einer großen Passagiermaschine unbeschadet überstehe könne.

„Das ist Augenschere“, kritisiert jedoch die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) die Argumentation des BfS. Alle Sicherheitsangaben blieben fragwürdig, solange es keine

Das ziele klar darauf, Gorleben möglichst billig für die Atomwirtschaft als Endlager auszubauen, denn die Kosten für die sogenannte Erkundung tragen dort die atomstromproduzierenden Unternehmen, die auf der Basis der Endlager vorausleistung zur Kasse gebeten werden. Eine vergleichende Endlagersuche unter alternativen Standorten hingegen lehnte die Atomlobby schon immer ab. Die Gorlebengegner reagieren empört:

Crash- und Feuer tests mit Originalbehältern gebe und wesentliche Angaben der Hersteller und der Genehmigungsbehörden auf Rechenmodellen beruhen. Dem Begleitpersonal, das die Behälter umsetzt, Polizisten und Demonstranten müsse angesichts dieser „Strahlenbomber“ mulmig werden. „Diese Behälter gehören nicht auf die Schiene oder Straße“, fordert Wolfgang Ehmke für die BI.

Die Glaskokillen können bersten

Der CASTOR® HAW28M wird mit 28 Glaskokillen befüllt. Zweifel an der Langzeitsicherheit werden nun durch eine deutsch-amerikanische Forschungsgruppe erhoben. Im Fachmagazin „Angewandte Chemie“ warnen sie davor, daß das den hochradioaktiven Müll einschließende heiße Glas bei Wasserkontakt bersten könnte. „Was nützt es, wenn die Genehmigungsbehörde nur den Transport- und Lagerbehälter unter die Lupe nimmt und sich dabei auf Rechenmodelle verläßt, wenn der riskante Stoff, der transportiert wird, in einem Endlager bei Wasserkontakt zerbersten kann“, fragt die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI).

Das BfS spielt diese Kritik herunter. Diese Warnungen würden „nicht den Stand der Diskussion um die Langzeitsicherheit bei der Endlagerung von verglasten wärmeentwickelnden Abfällen widerspie-

„Nach einigen grünen Tupfern mutiert Bundesumweltminister Norbert Röttgen zur Marionette der Atomwirtschaft – die Atomwirtschaft führt mit ihrem Protagonisten Gerald Hennenhöfer im BMU direkt Regie.“

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg und namhafte unabhängige Geologen, Historiker und Journalisten stellen sich jetzt erneut der Diskussion. Die Ta-

geln“. Die BI widerspricht dem, denn das Einlagerungskonzept der Gorleben-Betreiber im benachbarten „Erkundungsbergwerk“ im Salzstock Gorleben, das nach dem Willen der schwarz-gelben Bundesregierung weiter auf seine Tauglichkeit als Endlager „erkundet“ werden soll, sieht inzwischen die behälterlose Einlagerung vor. Schon die Aussicht auf 500 Jahre Sicherheit durch die technische Barriere „Behälter“, sei eine zweifelhafte Angelegenheit. Die Bau firma, die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern (DBE), erprobt derzeit eine behälterlose Einlagerung hochradioaktiver Abfälle.

Die Gorleben-Gegner hatten wiederholt darauf hingewiesen, daß die DBE in ihrer Versuchsanlage in Landsbergen/Weser, einem alten Kohlekraftwerk, entsprechende Versuche, das Hantieren mit den sogenannten BSK-3-Kokillen durchführe. Ursprünglich sollten die Castorbehälter nach einer längeren Lagerzeit in der Pilot-Konditionierungsanlage (PKA) Gorleben entladen werden. Brennelemente bzw. verglaste hochradioaktive Abfälle aus der Wiederaufarbeitung würden in Pollux-Behälter zur Endlagerung umgepackt. Die dickwandigen Pollux-Behälter galten als erste Barriere in einem Mehrbarrirenkonzept bei der Endlagerung radioaktiver Abfälle. Nun sollten lediglich Abschirmungen beim Hantieren

beginnt am 16. April um 19 Uhr und endet am 17. April gegen 17.30 Uhr.

Detailliertes Programm, weitere Informationen und Kontakt: www.bi-luechow-dannenberg.de/chronologisch/aktuell/vorankundigung-fachtagung-gorleben Anmeldungen bis zum 12. April 2010 erbeten an die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V., Rosenstr. 20, 29439 Lüchow, Fax 05841-3197 oder per eMail: fachtagung@bi-luechow-dannenberg.de ●

mit den BSK-3-Kokillen verwendet werden, um die Strahlenbelastung des Personals zu minimieren, auf Behälter würde verzichtet. „Hier wird offensichtlich, daß die Endstation ein Zwischenlager ist, wenn die Kokillen gar nicht endlagerfähig sind“, kritisiert Wolfgang Ehmke im Namen der Bürgerinitiative. ●

Atompolitik

Initiative für ein Volksbegehren zum EURATOM-Ausstieg in Österreich gestartet

Daß für die europäische Atomforschung jährlich 618 Millionen Euro, für die Forschungen der gesamten Palette Erneuerbarer Energien aber nur 216 Millionen Euro bereitgestellt werden, ist inakzeptabel. Atomenergie ist eine lebensfeindliche Technologie mit unkalkulierbaren Risiken, weder nachhaltig noch zukunftsfähig. Die Atomkraft kann keinen Beitrag zur Rettung des Weltklimas leisten, jeder Cent, der in Energieeffizienz investiert wird, hat einen zehnmal größeren Effekt auf